

**Bericht und Antrag  
des Regierungsrates an den Kantonsrat  
zum Postulat KR-Nr. 140/2007 betreffend  
Integrationskurse für die ausländische Bevölkerung**

(vom 27. Oktober 2010)

Der Kantonsrat hat dem Regierungsrat am 2. März 2009 folgendes von den Kantonsrätinnen Elisabeth Derisiotis-Scherrer, Zollikon, Johanna Tremp, Zürich, und Lisette Müller-Jaag, Knonau, am 14. Mai 2007 als Motion eingereichte Postulat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen:

Der Regierungsrat wird beauftragt, zur Umsetzung von Art. 53 und 56 des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um in Zusammenarbeit mit den Gemeinden der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse anzubieten.

---

Der Regierungsrat erstattet hierzu folgenden Bericht:

Beim Kantonsrat sind folgende, auf den Erlass eines Integrationsgesetzes gerichtete parlamentarische Initiativen hängig:

- Parlamentarische Initiative von Kantonsrätin Gabriela Winkler, Oberglatt, Kantonsrat Urs Lauffer, Zürich, und Kantonsrätin Regine Sauter, Zürich, vom 18. Juni 2007 betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz), (KR-Nr. 192/2007),
- Parlamentarische Initiative von Kantonsrat Kaspar Bütikofer, Zürich, sowie den Kantonsrätinnen Ornella Ferro, Uster, und Katharina Prelicz-Huber, Zürich, vom 10. März 2008 betreffend Gesetz zur Förderung der interkulturellen Verständigung und der Chancengleichheit der ausländischen oder fremdsprachigen Wohnbevölkerung (Integrationsgesetz), (KR-Nr. 100/2008).

Der Kantonsrat unterstützte die beiden Initiativen am 18. August 2008 vorläufig und wies sie der Spezialkommission «Integration» zur

Beratung und Antragstellung zu (Prot. KR 2007–2011, S. 4240). Diese entschied sich, einen Gegenvorschlag zu den beiden Initiativen auszu- arbeiten, und verabschiedete am 19. Februar 2010 einen entsprechen- den Vorentwurf zuhanden der Vernehmlassung.

Das Postulat regt an, im kantonalen Recht die gesetzliche Grund- lage zu schaffen, um der ausländischen Wohnbevölkerung kostenlose Integrationskurse anbieten zu können. Sowohl die beiden parlamenta- rischen Initiativen als auch der Vorentwurf für einen Gegenvorschlag sehen die Durchführung von Integrationskursen vor:

- Gemäss § 4 Abs. 3 der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 192/ 2007 fördern Kanton und Gemeinden insbesondere Massnahmen, «welche das gegenseitige Verständnis zwischen der Schweizer und der Migrationsbevölkerung verbessern». Und nach § 6 Abs. 2 ha- ben sich die Nutzerinnen und Nutzer von staatlich geförderten Sprach- und Integrationskursen angemessen an den Kurskosten zu beteiligen.
- Gemäss § 2 Abs. 2 der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 100/ 2008 setzt die Integrationsförderung mit dem Zuzug ein und be- ginnt mit einem Integrationskurs.
- Nach § 15 des Vorentwurfs der Kommission stellt der Kanton in Absprache mit den Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen sicher (Abs. 1). Die Kurse werden durch den Kanton, die Gemeinden oder Dritte angeboten (Abs. 2). Die für Integrationsfragen zuständige Direktion des Regierungsr- ates legt die Kursinhalte und die Standards fest und koordiniert das Kursangebot (Abs. 3).

Nach dem Gesagten ist sichergestellt, dass die Frage der Durchfüh- rung von Integrationskursen wie auch der Kostentragung solcher Kurse Gegenstand der Beratungen in der Spezialkommission «Integ- ration» ist. Der Kantonsrat hat damit Gelegenheit, gegebenenfalls das Anliegen der Postulantinnen aufzunehmen und im neuen Integrations- gesetz zu verankern.

Gestützt auf diesen Bericht beantragt der Regierungsrat dem Kan- tonsrat, das Postulat KR-Nr. 140/2007 als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Hollenstein

Der stv. Staatsschreiber:  
Hösli